

**Stellungnahme für die öffentliche Anhörung  
des Ausschusses für Inneres und Heimat  
des Deutschen Bundestages  
26. November 2018, Berlin**

**Prof. Dr. iur. Konstanze Plett, LL.M.**

Universitätsallee  
GW 1, Raum C 1110  
D-28359 Bremen

Telefon (0421) 218-66090  
Fax (0421) 218- 66087  
E-Mail plett@uni-bremen.de  
URL www.jura.uni-bremen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:

Datum:

## Vorbemerkung

Laut der Einladung zu dieser Anhörung geht es um den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf BT-Drucksache 19/4669, der sich zurzeit nach der ersten Beratung im Plenum in der Ausschussberatung befindet, sowie den Antrag der Fraktion Die Linke auf BT-Drucksache 19/4828, der einen Beschluss des Bundestages zum Ziel hat verbunden mit der Aufforderung an die Bundesregierung, einen (weiteren) Gesetzentwurf vorzulegen. Wegen des Zeitdrucks, unter dem das laufende Gesetzgebungsverfahren steht, werde ich mich auf Anmerkungen zum Gesetzentwurf konzentrieren und den Antrag der Fraktion Die Linke, soweit möglich, unmittelbar einbeziehen.

Hintergrund für das Gesetzesvorhaben ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober 2017<sup>1</sup>, die der Gesetzgebung mit Frist bis zum 31. Dezember 2018 aufgegeben hat, eine verfassungsmäßige Regelung zum Geschlechtseintrag in das Geburtenregister herbeizuführen. – An der entsprechenden Verfassungsbeschwerde war ich als Mitautorin und eine der drei Verfahrensbevollmächtigten beteiligt.

### 1. Zur Änderung von § 22 Abs. 3 PStG

Seit der Einführung des § 22 Abs. 3 PStG durch Gesetz vom 7.5.2013 (BGBl. I 1122) wurde von Verbändeseite kritisiert, dass mit der Formulierung dieser Bestimmung als zwingende Rechtsnorm ein Zwangsouting für die Betroffenen verbunden sei.<sup>2</sup> In der öffentlichen Berichterstat-

<sup>1</sup> Az. 1 BvR 2019/16, ECLI:DE:BVerfG:2017:rs20171010.1bvr201916, abrufbar unter [http://www.bverfg.de/e/rs20171010\\_1bvr201916.html](http://www.bverfg.de/e/rs20171010_1bvr201916.html) (21.11.2018).

<sup>2</sup> Althoff/Schabram/Follmar-Otto, Geschlechtervielfalt im Recht: Status quo und Entwicklung von Regelungsmodellen zur Anerkennung und zum Schutz von Geschlechtervielfalt, Berlin 2017 (abrufbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/114066/7830f689ccdfdead8bbc30439a0ba32b9/geschlechtervielfalt-im-recht---band-8-data.pdf>), S. 23.

tung wurde und wird vielfach von einem Wahlrecht der Eltern in Bezug auf den Geschlechtseintrag für ihre Eltern ausgegangen.<sup>3</sup> In der Praxis wird die Vorschrift nicht als zwingende Vorschrift gehandhabt.<sup>4</sup> In der rechtswissenschaftlichen Literatur wird § 22 Abs. 3 PStG von vielen als nicht zwingend ausgelegt.<sup>5</sup>

Deshalb sollte die Gelegenheit genutzt werden, eine Bestimmung, deren Wortlaut seit über fünf Jahren diskutiert und die nicht ihrem Wortlaut entsprechend angewandt wird, so zu ändern, wie es vielfacher Auslegung und geübter Rechtsanwendung entspricht.

Zugleich sollten die Ausführungen in der Stellungnahme des LSVD, die dem Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages bei seiner Sitzung am 7. November 2018 vorgelegen hat,<sup>6</sup> berücksichtigt werden. Nach der geltenden Rechtslage kann, wenn gemäß § 22 Abs. 3 PStG kein Geschlecht eingetragen worden ist, später ein Geschlecht gemäß § 27 Abs. 3 Nr. 4 PStG als Folgebeurkundung eingetragen werden, d.h. der ursprüngliche Nichteintrag bleibt erkennbar. Auch die Änderungen gemäß § 45b PStG-E werden Folgebeurkundungen sein. Den Vorschlag des LSVD halte ich deshalb von der Rechtsfolge her gesehen für sinnvoll, würde ihn allerdings nicht als zwingende Vorschrift formulieren. Damit halte ich eine Fassung von § 22 Absatz 3 mit folgendem Wortlaut für sinnvoll:

„(3) Kann das Kind weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zugeordnet werden, so kann der Personenstandsfall ohne eine solche Angabe oder mit der Angabe „divers“ in das Geburtenregister eingetragen werden. Wird eine Angabe zum Geschlecht binnen eines Monats von der sorgeberechtigten Person oder den sorgeberechtigten Personen angezeigt, wird sie alsdann bei dem Geburtseintrag beurkundet.“

## 2. Zur Zielgruppe des § 45b in Bezug auf Geschlechtseintrag

Der Begriff „Varianten der Geschlechtsentwicklung“ gehört, wie auch in der Begründung zum Gesetzentwurf ausgeführt wird (S. 7), in den Bereich der Medizin. Das Bundesverfassungsgericht verlangt die Möglichkeit eines weiteren Geschlechtseintrags zwar auch nur für „Personen, deren Geschlechtsentwicklung gegenüber einer weiblichen oder männlichen Geschlechtsentwicklung Varianten aufweist“. Doch dies liegt in dem Ultra-vires-Grundsatz begründet. Die Verfassungsbeschwerde stammt von einer Person, die zu dem genannten Personenkreis gehört. Deshalb

<sup>3</sup> Hierzu auch Sieberichs, FamRZ 2013, S. 1194; Froese, AöR 2015, S. 613.

<sup>4</sup> Würde sie dies, wären weit mehr Geburtsbeurkundungen ohne Geschlechtseintrag ab 1.11.2013 zu erwarten gewesen, als tatsächlich zu verzeichnen sind. Vgl. hierzu insbesondere Althoff u.a. (wie Fn. 2), S. 19 f.; vorher schon Bayerischer Landtag, Drs. 17/3884 vom 12.12.2014.

<sup>5</sup> Vgl. vor allem Helms, FS Brudermüller, 2014, S. 304; ders., Brauchen wir ein drittes Geschlecht?, Berlin 2015, S. 11.

<sup>6</sup> Drucksache 19(4)149 zu TOP 4, auch abrufbar unter <https://www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Recht5/LSVD-divers-181023.pdf>.

Prof. Dr. Konstanze Plett, LL.M.  
Stellungnahme für den Ausschuss für Inneres und Heimat  
des Deutschen Bundestages  
zur öffentlichen Anhörung am 26. November 2018

Seite 3 von 8

konnte das Bundesverfassungsgericht nicht weitere Personen einbeziehen. Die Gesetzgebung ist daran jedoch nicht gehindert; denn dem Bundesverfassungsgerichtsbeschluss ist an keiner Stelle zu entnehmen, dass die grundrechtliche Beurteilung zum personenstandsrechtlichen Geschlechtseintrag in der Entscheidung ausschließlich für diesen Personenkreis gelten sollte.

In Anbetracht der langjährigen Diskussion zum Transsexuallengesetz (TSG) und der vom Bundesverfassungsgericht zuletzt mit Beschluss vom 11. Januar 2011 erwarteten Novellierung ist hier abermals eine Gelegenheit, die Gesetzgebung dem Stand der Diskussion anzupassen – auch zur Vermeidung künftiger Gerichtsverfahren. Die Menschen, die derzeit noch mit dem Rechtsbegriff Transsexuelle und gesellschaftlich meist als Trans\* bezeichnet werden, hatten vor der Einführung des § 22 Abs. 3 PStG nur die Möglichkeit einer Änderung des Geschlechtseintrags von männlich zu weiblich oder von weiblich zu männlich. Für viele, aber längst nicht für alle entspricht die Beschränkung auf die zwei wechselseitig exklusiven positiven Benennungen ihrer geschlechtlichen Identität. So ist bereits ein Fall bekannt geworden, in dem ein transgeschlechtlicher Mensch seinen Geschlechtseintrag im Geburtenregister erfolgreich hat streichen lassen.<sup>7</sup> Ein kürzlich durchgeführte empirische Studie hat ergeben, dass sehr viele transgeschlechtliche Menschen für sich ebenfalls eine positive Benennung wünschen, die nicht „männlich“ oder „weiblich“ lautet.<sup>8</sup> Deshalb ist absehbar, dass nach Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzentwurfs mit unverändertem Wortlaut hier weitere Verfahren zu erwarten sind, die m.E. auch gute Erfolgsaussicht hätten; denn ein Verstoß gegen das Gleichheitsgebot liegt nahe. Dies ließe sich mit der Änderung eines einzigen Wortes vermeiden. Zudem würde damit den zahlreichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum TSG, in denen es das Recht auf geschlechtliche Identität für diese Personengruppe immer weiter ausbuchstabiert hat,<sup>9</sup> Rechnung getragen.

Dieser Vorschlag betrifft sowohl die Überschrift zum einzufügenden § 45b als auch § 45b Abs. 1 (Art. 1 Nr. 1 und Nr. 3) in denen jeweils die Formulierung „Personen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung“ durch „Personen mit Varianten der Geschlechtsidentität“ zu ersetzen wäre.

### 3. Wortlaut des § 45b Abs. 1 Satz 1

In der Diskussion um den seit Mitte August bekannten Gesetzentwurf der Bundesregierung gehen die Auffassungen auseinander, ob die nach dem künftigen § 45b PStG mögliche Änderung wirklich alle in § 22 Abs. 3 genannten Möglichkeiten umfasst oder nur auf die zwei für interge-

<sup>7</sup> OLG Celle, Beschluss vom 12.5.2017, Az. 17 W 5/17, abrufbar unter <https://www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Rechtsprechung8/OLGCelle170511.pdf>.

<sup>88</sup> Adamietz/Bager, Regelungs- und Reformbedarf für transgeschlechtliche Menschen: Begleitmaterial zur Interministeriellen Arbeitsgruppe Inter- & Transsexualität, Berlin 2017 (abrufbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/114064/25635a05dd8e4ad7d652602c595c7cd3/regelungs--und-reformbedarf-fuer-transgeschlechtliche-menschen---band-7-data.pdf>), S. 222.

<sup>9</sup> Vgl. vor allem die Analyse durch Adamietz, Geschlecht als Erwartung, Baden-Baden 2011.

schlechtlich Geborene möglichen Einträge – d.h. den einen positiv benannten Eintrag und den Nichteintrag – verweist. Ausweislich der Begründung zum Gesetzentwurf (BT-Drs. 19/4669, S. 7) sind alle Möglichkeiten gemeint. Da gerade diese Rechtsvorschriften auch viel von juristischen Laien gelesen werden, sollte die Formulierung der Begründung zur Vermeidung von Missverständnissen und überflüssigen Diskussionen auch Gesetzeswortlaut werden.

Mit der Nennung der vier Möglichkeiten – drei positiv benannte Formulierungen plus Nichteintrag bzw. Streichung – lässt sich diese Klarstellung erreichen. Dass es dabei um eine Ersetzung oder Streichung geht, versteht sich von selbst, da niemand, der mit „weiblich“ eingetragen ist, eine Erklärung zwecks Eintragung von „weiblich“ abgeben wird.

§ 45b Abs. 1 Satz 1 sollte also wie folgt formuliert werden:

„Personen mit Varianten der Geschlechtsidentität können gegenüber dem Standesamt erklären, dass die Angabe zu ihrem Geschlecht in einem deutschen Personenstandseintrag auf „weiblich“, „männlich“ oder „divers“ lauten oder gestrichen werden soll.“

#### 4. Weiterer Änderungsvorschlag für § 45b Absatz 1

In der Begründung zum Gesetzentwurf heißt es unter A.VI.3.a, es werde „durch das Gesetz die Möglichkeit geschaffen, ... die Eintragung einer Angabe zum Geschlecht erstmalig einzutragen, wenn diese bei der Beurkundung der Geburt nicht eingetragen wurde“ (S. 9). Das trifft nur auf die neu zu schaffende Bezeichnungsmöglichkeit „divers“ zu, während ein Eintrag als „männlich“ oder „weiblich“ schon nach der derzeitigen Rechtslage gemäß § 27 Abs. 3 Nr. 4 PStG möglich ist. Hinsichtlich der Vornamen wird in diesen Fällen auf das öffentlich-rechtliche Verfahren gemäß Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndG) verwiesen.<sup>10</sup> Dies kann zu dem sonst immer als dem Kindeswohl widersprechenden und deshalb unerwünschten Ergebnis führen, dass geschlechtskonträre Vornamen bestehen bleiben; denn ein Zwang, ein öffentlich-rechtliches Namensänderungsverfahren zur Vermeidung dieses Ergebnisses durchzuführen, besteht nicht.<sup>11</sup>

Es gibt auch keine Vorschrift (weder eine gesetzliche, noch eine Verwaltungsvorschrift), dass Neugeborenen, die ohne Geschlechtseintrag registriert werden, nur geschlechtsneutrale Vornamen beigelegt werden dürfen. Es sind also Fälle denkbar, dass die Geburt eines Kindes zwar ohne Geschlechtsangabe, aber mit geschlechtsspezifischen Vornamen registriert wird. Möglicherweise ist dann später zwar keine Änderung zum Geschlechtseintrag (insbesondere bei offenem oder Eintrag als „divers“) gewollt, wohl aber eine Vornamensänderung.

<sup>10</sup> Gaaz/Bornhofen, § 21 PStG, Rn. 31, § 27 PStG, Rn. 94; Nr. 27.8.1. PStG-VwV.

<sup>11</sup> Vgl. Plett, Trans\* und Inter\* im Recht, in: Schochow/Gehrmann/Steger (Hg.), Inter\* und Trans\*identitäten, Gießen 2016, S. 215-230 (224 f.).

Zur Beseitigung der aktuellen Verfahrensdiversität und um Vornamensanpassungen an „divers“ oder den offenen Geschlechtseintrag zu ermöglichen,<sup>12</sup> sollte in § 45b zwischen den Sätzen 3 und 4 folgender Satz eingefügt werden:

„Erklärungen zur Bestimmung neuer Vornamen können auch abgegeben werden, wenn eine Erklärung zum Geschlechtseintrag erstmalig als nachträgliche Angabe vor dem [Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] erfolgt ist oder keine Erklärung zu einer Änderung der Angabe zu Geschlecht abgegeben wird.“

Insgesamt ist hier daran zu erinnern, dass schon lange angemahnt wird, Menschen über ihre Vornamen selbst entscheiden zu lassen.<sup>13</sup> Bei der Umsetzung des weiteren Regelungsbedarfs sollte dies berücksichtigt werden.

## 5. § 45b Absatz 3 sollte gestrichen werden

Hier schließe ich mich den in der Verbändeanhörung im Frühsommer 2018 abgegebenen Stellungnahmen insbesondere des Deutschen Instituts für Menschenrechte<sup>14</sup> und des Deutschen Juristinnenbundes<sup>15</sup> an sowie der des LSVD vom 23. Oktober 2018<sup>16</sup>. Wenn und soweit es auf die Geschlechtsidentität ankommt, kann von der Medizin ohnehin keine Aussage darüber getroffen werden.<sup>17</sup> Dass eine Beschränkung auf Personen mit einer „Varianz der Geschlechtsentwicklung“ verfassungsrechtlich fragwürdig ist, wurde oben angemerkt. Aber selbst hierfür wäre eine ärztliche Bescheinigung, wie in der Begründung zum Gesetzentwurf (zur Kostenberechnung) dargelegt, kaum zu erlangen.<sup>18</sup>

---

<sup>12</sup> Obgleich seit nunmehr zehn Jahren (vgl. Beschluss des BVerfG vom 5.12.2008, Az. 1 BvR 576/07, abrufbar unter [http://www.bverfg.de/e/rk20081205\\_1bvr057607.html](http://www.bverfg.de/e/rk20081205_1bvr057607.html)) geschlechtsneutrale möglich sind, hält sich in der Bevölkerung immer noch hartnäckig die Überzeugung, das deutsche Recht verlange geschlechtsspezifische Vornamen.

<sup>13</sup> Mit dem gerade am 1. November 2018 in Kraft getretenen § 45a PStG ist hier ein erster Schritt getan, der aber nicht weit genug geht; vgl. Grünberger, Von Bernhard Markus Antoinette zu Anderson Bernd Peter, AcP 207 (2007), 314 (338 f.).

<sup>14</sup> Abrufbar unter [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Stellungnahmen/Stellungnahme\\_Aenderung\\_Geburtsregister\\_201807.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Stellungnahmen/Stellungnahme_Aenderung_Geburtsregister_201807.pdf), S. 4-6. .

<sup>15</sup> Abrufbar unter <https://www.djb.de/verein/Kom-u-AS/K2/st18-11/>, S. 5 f..

<sup>16</sup> Oben Fn. (6), S. 5-8.

<sup>17</sup> Vgl. etwa Woweries, Haben intersexuelle Kinder ein Geschlecht?, in: Schochow/Gehrmann/Steger (Hg.), Inter\* und Trans\*identitäten, Gießen 2016, 189-212.

<sup>18</sup> Offenbar sind diejenigen, die den Gesetzentwurf und dessen Begründung formuliert haben, davon ausgegangen, dass die Zielgruppe ohnehin in ärztlicher Behandlung ist, so dass nur ein „Schein“ abgeholt werden muss. Dies ist aber keineswegs der Fall.

Änderungen des Geschlechtseintrags und der Vornamen ohne Bescheinigungen Außenstehender sind in immer mehr Ländern möglich.<sup>19</sup> Erst in diesem Frühjahr hat die Schweiz ein Gesetzänderungsverfahren angefangen, wonach es nur auf persönliche Erklärung ankommt und keine ärztliche Bescheinigung verlangt wird.<sup>20</sup> Die Bundesrepublik Deutschland sollte hinter dieser im internationalen Vergleich festzustellenden Entwicklung nicht zurückbleiben.

## 6. Zur Rechtssprache

Am Ende von Abschnitt A.II. (S. 8) enthält der Begründungstext Ausführungen zur RechtsSprache, die nicht überzeugen. Es ist, zugegeben, eine Ironie der Rechtsgeschichte, dass das Bemühen um eine geschlechtergerechte Sprache durch Verweis auf männliche und weibliche Menschen sich nun als zu kurz greifend erweist. Aber nun beides – das generische Maskulinum und die davon abgehenden neueren Formulierungen mit Doppelnennung der von Rechtsnormen Adressierten – als vollumfänglich inklusiv zu bewerten, so dass keine weiteren Änderungen erforderlich sind, scheint sowohl widersprüchlich als auch unzureichend.

Gesetzgebung und Verwaltung (für untergesetzliche Vorschriften) sollten bei allen weiteren Vorhaben sich nicht auf die hier gegebene Begründung beziehen, sondern alle Anstrengungen um eine inklusive RechtsSprache unternehmen, d.h. jede neue Normsetzung muss prüfen, ob die Sprache geschlechtergerecht (vorzugsweise geschlechtsneutral) ist.

## 7. Weiterer Regelungsbedarf außerhalb des Personenstandsrechts

Weiteren Regelungsbedarf als nur möglich zu nennen (Begründung A.II. am Ende, S. 8), greift ebenfalls zu kurz. Hier dürfte Regelungsbedarf bei allen Ressorts anfallen.<sup>21</sup>

Um nur ein seit 2013 überfälliges Beispiel zu nennen: In § 4 Abs. 2 Nr. 8 PaßG hätte schon längst das ja auch im inner- und zwischenbehördlichen Datenaustausch verwendete X<sup>22</sup> für den offen gelassenen Geschlechtseintrag vorgesehen werden müssen, zumal die Regelungen der ICAO ein X erlauben.<sup>23</sup> Dies könnte rasch geändert werden und sollte mit einer Regelung, wie

<sup>19</sup> Vgl. u.a. Althoff u.a. (s.o. Fn. 2).

<sup>20</sup> Wortlaut des Änderungsvorschlages und weitere Dokumente sind abrufbar von der Seite <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/gesellschaft/gesetzgebung/geschlechteranderung.html>.

<sup>21</sup> Vgl. DJB-Stellungnahme, S. 6.

<sup>22</sup> DSMeld 0701 in: Datensatz für das Meldewesen: Einheitlicher Bundes-/Länderteil (DSMeld), abrufbar unter <https://www1.osci.de/sixcms/media.php/13/DSMeld.10775.pdf>.

<sup>23</sup> Einzelheiten hierzu bei Plett, Diskriminierungspotentiale gegenüber trans- und intergeschlechtlichen Menschen im deutschen Recht, Berlin 2015 (abrufbar unter

Prof. Dr. Konstanze Plett, LL.M.  
Stellungnahme für den Ausschuss für Inneres und Heimat  
des Deutschen Bundestages  
zur öffentlichen Anhörung am 26. November 2018

Seite 7 von 8

unter II.2. in dem Antrag auf BT-Drucksache 19/4828 angesprochen, einhergehen (Erstreckung der in § 4 Abs. 1 Satz 3 PaßG Möglichkeit einer Abweichung des Eintrags im Pass vom Eintrag im Melderegister, das seinerseits auf dem Geburtenregister beruht, auf alle).

Die weiteren im Antrag auf BT-Drucksache 19/4828 genannten Regelungsbedarfe sind m.E. sämtlich gut begründet. Für viele Punkte wurde auch schon in der 18. Legislaturperiode substantielle Vorarbeit geleistet.<sup>24</sup>

## 8. Evaluation

Mir ist aus dem Gesetzentwurf auf BT-Drucksache 19/4669 nicht verständlich geworden, warum eine Evaluierung „nicht erforderlich“ sein soll (Begründung des Gesetzentwurfs, A.VII., S. 10). Wie sich bereits mit der Einführung des § 22 Abs. 3 PStG im Jahr 2013 gezeigt hat, haben sich die Dinge zum Teil anders entwickelt als antizipiert und sind Widersprüche im Recht erst im Anschluss erkennbar geworden.<sup>25</sup> Eine Evaluation halte ich deshalb für dringend erforderlich. Im Antrag der Fraktion Die Linke finden sich unter den Punkten II.7. und 8. Hinweise dazu.

## Schlussbemerkung

Es ist m.E. bedauerlich, dass die Bundesregierung nicht auf den in der vorigen Legislaturperiode geleisteten Vorarbeiten aufgebaut hat, sondern statt dessen zur Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober 2017 sich auf das mindestens Erforderliche im Gesetzentwurf beschränkt. Zwei Aspekte möchte ich zum Abschluss aber noch positiv hervorheben:

- Zwar nur in der Begründung, aber explizit enthalten ist die Aussage, dass Erklärungen der in § 45b PStG-E genannten Art auch mehrmals im Leben abgegeben werden können.
- Die Regelung, dass bei einem Widerspruch zwischen der nur höchstpersönlich abzugebenden Erklärung seitens eines zwar 14 Jahre alten, aber noch minderjährigen Menschen und der immer noch erforderlichen Zustimmung der Eltern das Familiengericht von Amts wegen informiert

---

[https://www.berlin.de/sen/lads/\\_assets/schwerpunkte/lbti/materialien/schriftenreihe/g-35-expertise-plett-transinterrechte\\_bf.pdf](https://www.berlin.de/sen/lads/_assets/schwerpunkte/lbti/materialien/schriftenreihe/g-35-expertise-plett-transinterrechte_bf.pdf)), S. 34 f.

<sup>24</sup> Zusammenfassung der Ergebnisse und Nachweise der entsprechenden Veröffentlichungen sind – einschließlich Links – zu finden in Forschungsergebnisse und Erkenntnisse des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus der Begleitarbeit zu der Interministeriellen Arbeitsgruppe »Inter- und Transsexualität« (IMAG): Zusammenfassung, Berlin 2017, abrufbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/120644/43bb314f1e59312be4572a3a87c6d855/neuer-inhalt--1--data.pdf>.

<sup>25</sup> Vgl. Plett (wie Fn. 23) m.w.N.

Prof. Dr. Konstanze Plett, LL.M.  
Stellungnahme für den Ausschuss für Inneres und Heimat  
des Deutschen Bundestages  
zur öffentlichen Anhörung am 26. November 2018

Seite 8 von 8

wird und ein Verfahren nach dem FamFG durchführen kann mit dem Ziel der Ersetzung der Zustimmungserklärung der Sorgeberechtigten, halte ich für hilfreich.

Diese Regelung wird aber nur Sinn machen, wenn eine Fort- und Weiterbildung der mit dieser Thematik von Berufs wegen Befassten im Hinblick auf diese Thematik einhergeht.

Bremen, den 23. November 2018

Prof. Dr. Konstanze Plett, LL.M.